

63236/1. - 12 -

VORENTWURF

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION

28-03-2018

RAAD VAN STATE
WETGEVING

Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Angliederungsfaktoren zur Zuständigkeitsaufteilung, der Verwaltung der Altlasten, des Datenaustausches im Bereich der Familienleistungen und der Modalitäten der Zuständigkeitsübertragung zwischen Kindergeldkassen

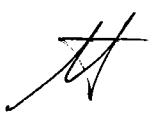
Einziger Artikel – Das Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Angliederungsfaktoren zur Zuständigkeitsaufteilung, der Verwaltung der Altlasten, des Datenaustausches im Bereich der Familienleistungen und der Modalitäten der Zuständigkeitsübertragung zwischen Kindergeldkassen wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS



ANLAGE

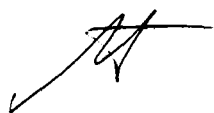
Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutsch-sprachigen Gemeinschaft bezüglich der Angliederungsfaktoren zur Zuständigkeitsaufteilung, der Verwaltung der Altlasten, des Datenaustausches im Bereich der Familienleistungen und der Modalitäten der Zuständigkeitsübertragung zwischen Kindergeldkassen

Als Anlage separat beigelegt.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal line.

GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Als Anlage separat beigefügt.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized, cursive script.

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

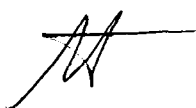
DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Familie zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'M' followed by a horizontal line.

**DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS
ZWISCHEN DER FLÄMISCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLONISCHEN REGION,
DER GEMEINSAMEN GEMEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER DEUTSCHSPRA-
CHIGEN GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER ANGLIEDERUNGSFAKTOREN ZUR ZU-
STÄNDIGKEITSAUFTEILUNG, DER VERWALTUNG DER ALTLASTEN, DES DATEN-
AUSTAUSCHES IM BEREICH DER FAMILIENLEISTUNGEN UND DER MODALITÄ-
TEN DER ZUSTÄNDIGKEITSÜBERTRAGUNG ZWISCHEN KINDERGELDKASSEN**

INHALTSANGABE

Durch das vorliegende Dekret soll das Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämi-
schen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommis-
sion und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Angliederungsfaktoren zur
Zuständigkeitsaufteilung, der Verwaltung der Altlasten, des Datenaustausches im Bereich
der Familienleistungen und der Modalitäten der Zuständigkeitsübertragung zwischen Kin-
dergeldkassen gebilligt werden.



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Bemerkungen zu dem Gutachten des Rates für Familienleistungen.....	10
Kommentar zu dem einzigen Artikel	11
Vorentwurf	12
 Anlage	
Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Angliederungsfaktoren zur Zuständigkeitsaufteilung, der Verwaltung der Altlasten, des Datenaustausches im Bereich der Familienleistungen und der Modalitäten der Zuständigkeitsübertragung zwischen Kindergeldkassen.....	13
Gutachten des Rates für Familienleistungen	14



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Beschreibung des Abkommens

Dieses Zusammenarbeitsabkommen soll die Kindergeldgesetzgebung abändern. Dies geschieht, da die durchgeführten Abänderungen als Änderungen von wesentlichen Elementen nach *Art. 94 §1bis Abs. 2 Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen* anzusehen sind und deshalb mittels Zusammenarbeitsabkommen eingebracht werden müssen.

Zuständigkeitsbestimmung der Gebietskörperschaften

Das Abkommen legt fest, nach welchen Kriterien bestimmt wird, welche Gebietskörperschaft im Bereich der Familienleistungen für welches Kind zuständig ist. Dies geschieht vorrangig aufgrund des Wohnsitzes des Kindes.

Das Abkommen legt auch fest, welche Personen für die Anwendung des EU-Rechtes im Bereich der Familienleistungen berücksichtigt werden.

Verwaltung der Altlasten

Das Abkommen legt fest, an welche Rechtsnachfolger die Rechte und Pflichten der heutigen privaten und öffentlichen Kassen übertragen werden. Für die Akten, die die Deutschsprachige Gemeinschaft betreffen, übertragen alle Kassen ihre Rechte und Pflichten an das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das die öffentliche Kasse der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird.

Jedoch müssen die Informationen zu den Akten der Deutschsprachigen Gemeinschaft auch den wallonischen Nachfolgern der föderalen Kassen übertragen werden. Nach dem Ausstieg aus der föderalen Verwaltung durch die Wallonische Region, werden die wallonischen Nachfolger gegen eine Vergütung die Regularisierungen, die sich auf den Zeitraum vor dem 31. Dezember 2018 beziehen, für die Deutschsprachige Gemeinschaft bearbeiten. Sollte die Wallonische Region später als die Deutschsprachige Gemeinschaft aussteigen, muss die Deutschsprachige Gemeinschaft sich mit den weiterbestehenden föderalen Kassen über die Regularisierungen einigen.

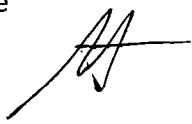
Datenaustausch

Die Regierungen legen gemeinsam fest wie der Datenaustausch erfolgt, falls eine Gebietskörperschaft feststellt, dass eine andere Gebietskörperschaft für die Zahlung der Familienleistungen zuständig ist.

Die Trivia-Anwendung, die heute dazu dient den Kassen Zugriff zu verschiedenen Informationen zu geben, die sie für die Auszahlung der Familienleistungen benötigen, soll mindestens 5 Jahre nach dem ersten Ausstieg weiterbestehen.

Die Zahleinrichtung einer Gebietskörperschaft, die einen Betrag zurückfordern muss, kann bei der Zahleinrichtung der anderen Gebietskörperschaften beantragen, für sie einen Teil zukünftiger Zahlungen von Familienleistungen einzubehalten.

Wenn es Uneinigkeiten über die Anwendung des Abkommen gibt, können die Gebietskörperschaften ein Vermittlungsverfahren einleiten. Die Regierung legen gemeinsam die Modalitäten dieses Verfahrens fest.



Zuständigkeitsübertragung zwischen Kindergeldkassen

Dieses Kapitel reorganisiert die Zuständigkeit der privaten Kassen im heutigen föderalen System. Ab dem 1. Januar 2018 bleibt jede Kasse für die Akten zuständig, für die sie am 31. Dezember 2017 zuständig war.

Jede private Kasse entscheidet für welche der drei Teilstaaten die Kasse nach der Übernahme der Verwaltung arbeiten will. Sie tauscht dann mit anderen Kassen die Akten aus, sodass sie nur noch über die Akten der ausgewählten Teilstaaten verfügt. Akten der Deutschsprachigen Gemeinschaft folgen den Akten der Wallonischen Region, sodass am Ende dieses Prozesses nur noch Kassen, die in der Wallonischen Region arbeiten werden, Akten der Deutschsprachigen Gemeinschaft verwalten werden.

Ab Juli 2018 müssen die Kassen den Teilstaaten die Informationen zu ihren Akten zu Verfügung stellen, um Tests zu erlauben.

Das Abkommen sieht weiterhin vor, dass die Teilstaaten den privaten Kassen die Anerkennung entziehen und dass die Regierungen der Teilstaaten Regeln zur Übernahme von Personal von privaten Kassen festlegen können.

2. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens

Artikel 1. In Artikel 1 werden einige Begriffe definiert, die im Zusammenarbeitsabkommen verwendet werden.

Die Begriffsbestimmungen sind nur im Rahmen dieses Zusammenarbeitsabkommens anzuwenden.

Einer der definierten Begriffe ist „Kataster“. Damit ist das „Referenzregister gemeint, so wie es am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Verwaltungs- und Zahlungsübernahme durch eine Gebietskörperschaft (hiernach „Übernahme“ genannt) bestand, in dem die Daten aller Akteure aller Akten aller Kindergeldkassen erfasst sind“. In diesem Kataster werden somit folgende Daten erfasst: Erkennungsnummer der sozialen Sicherheit, Name, Vorname, Geburtsdatum, Aktenzeichen, Integrationszeitraum, Geburtsprämie, Adoptionsprämie und Regionskode.

Ein anderer definierter Begriff ist „Kindergeldregelung“. Damit sind alle vor der ersten Verwaltungs- und Zahlungsübernahme geltenden Texte gemeint. Dazu gehören:

- das Allgemeine Familienbeihilfengesetz vom 19. Dezember 1939 (AFBG);
- das Gesetz vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen;
- die koordinierten Gesetze vom 5. Oktober 1948 über die Entschädigungspensionen;
- das Gesetz vom 9. März 1953 über bestimmte Änderungen der Militärrenten und die Gewährung einer kostenlosen medizinischen Betreuung und kostenloser Arzneimittel für Angehörige der Streitkräfte, die in Friedenszeiten dienstunfähig wurden;
- das Gesetz vom 15. März 1954 über die Wiedergutmachungspensionen für die Zivilopfer des Krieges 1940-1945 und ihre Anspruchsberechtigten;
- das Gesetz vom 6. August 1962, mit dem die Anwendung der Gesetze zu den Entschädigungspensionen ausgedehnt wird auf die Folgen einiger schädlichen Fakten, die eingetreten sind auf dem Staatsgebiet der Republik Kongo und das Gesetz vom 6. Juli 1964 zur Anwendung der Gesetze zu den Wiedergutmachungspensionen für die Zivilopfer des Krieges 1940-1945 und ihre Anspruchsberechtigten wird ausgedehnt auf die Folgen einiger Fakten, die eingetreten sind auf dem Staatsgebiet der Republik Kongo (Leopoldstadt), Ruanda und Burundi;
- der Königliche Erlass vom 21. Mai 1964 zur Koordinierung der Gesetze über das Personal in Afrika, aufgrund dessen am ehemaligen Berufspersonal der Kader in Afrika Zuschlag und Rente gewährt wird.



Artikel 2. In Artikel 2 wird festgelegt, welche persönlichen Angliederungsfaktoren anzuwenden sind nachdem die Gebietskörperschaften die Verwaltung und die Zahlung der Familienleistungen übernehmen.

Anhand dieser Faktoren wird eine zuständige Gebietskörperschaft für die Verwaltung und die Zahlung des Kindergeldes für ein Kind bestimmt.

Die Angliederungsfaktoren werden nach der angegebenen Reihenfolge angewandt, was zur Folge hat, dass ein darauffolgender Faktor nur angewandt wird, falls der Vorherige nicht anwendbar ist.

Der entscheidende Faktor ist also der Ort, an dem das Kind sich tatsächlich befindet. Falls dieser nicht anzuwenden ist, wird der Arbeitsplatz des Arbeitnehmers der zu berücksichtigende Faktor. Falls in Belgien keine Arbeitnehmertätigkeit ausgeübt wird, wird der (letzte) Wohnsitz des Sozialversicherten berücksichtigt, und anschließend die Ortsangabe der Sozialversicherungskasse oder der Kindergeldkasse.

Ein vorrangiges Anrecht wird festgelegt zur Lösung von Situationen, in denen zwei verschiedene Gebietskörperschaften auf der Grundlage des gleichen Angliederungsfaktors nach Anwendung der Angliederungsfaktoren zuständig werden würden. Nach dieser Regel wird die Gebietskörperschaft, zu der der Älteste der Sozialversicherten gehört, vorrangig zuständig.

Außerdem bestimmt Artikel 2 die spezifische Angliederungsregel für Anträge auf vorausgezahlte Geburtsprämie. Diese wird von der Gebietskörperschaft, in der sich die Mutter des Kindes befindet, ausgezahlt.

Artikel 3. In Artikel 3 wird der persönliche Anwendungsbereich der europäischen Verordnungen festgelegt.

Laut Absatz 1 werden nur die folgenden Sozialversicherten berücksichtigt: der Elternteil, die Person, die kein (Bluts-)Verwandter bis zum dritten Grad dieses Elternteils ist und mit dem der Elternteil tatsächlich oder gesetzlich zusammenwohnt, und der Ehegatte/die Ehegattin des Elternteils in Bezug auf ihre eigenen oder gemeinsamen Kinder.

Absatz 2 legt gemeinsame Kriterien für die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 fest. In einer Anlage werden die berufsständischen Situationen, die bei der Ausführung der Verordnung berücksichtigt werden müssen, aufgeführt. Sie werden dort nach Kategorie der Eröffnung des Anrechts geordnet. Somit werden die Gebietskörperschaften ihre Zuständigkeit im Rahmen der Verordnung 883/2004 einfürmig und koordiniert ausüben. Wird nach Inkrafttreten des Abkommens eine neue berufsständische Situation geschaffen, die nicht im Anhang aufgeführt ist, wird diese der Restgruppe („Anrechte aufgrund des Wohnorts“) zugeordnet und kann später gegebenenfalls anhand eines Zusammenarbeitsabkommens zwischen den Gebietskörperschaften einer anderen Kategorie zugeordnet werden.

Artikel 4. Artikel 4 sieht für die Situationen, in denen die europäischen Verordnungen Anwendung finden, eine Übergangsmaßnahme vor.

Gemäß dieser Maßnahme bleibt die Person, die unmittelbar vor der Übernahme der Verwaltung und der Zahlung der Familienleistungen durch die Gebietskörperschaften aufgrund einer vor dem 1. Januar 2019 geltenden Kindergeldregelung als Kindergeldberechtigter bestimmt war, weiterhin der Kindergeldberechtigte. Mit dieser Maßnahme bleibt das Anrecht erhalten für Kinder, die in Anwendung von Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 3 ihr Anrecht auf Kindergeld verlieren würden.



Diese Übergangsmaßnahme gilt aber nicht mehr, sobald die familiäre Lage ändert oder wenn die Grundlage, mit der das Anrecht im europäischen Kontext eröffnet wird, ändert.

Die Änderungen werden am ersten Tag des Monats nach dem Monat wirksam, in dem sich die Situation geändert hat.

Artikel 5. Artikel 5 legt die Verwaltung der Altlasten fest, d.h. wie die Kassen ab der Übernahme die Regularisierungen mit den Sozialversicherten ausführen, die sich auf Zeiträume vor dieser Übernahme beziehen.

Paragraf 1 bestimmt unter anderem den Begriff „Regularisierung“.

Paragraf 2 Buchstabe a) Absatz 1 legt den Grundsatz fest, nach dem für jede föderale (öffentliche oder freie) Kindergeldkasse jeweils ein regionaler Nachfolger in jeder Gebietskörperschaft die am Tag vor der Übernahme bestehenden Rechte und Pflichten übernimmt.

Gemäß Absatz 2 überträgt FAMIFED von Amts wegen ihre Rechte und Pflichten den vier regionalen öffentlichen Kassen, während die föderalen freien Kassen diese Übertragung an die zu gründenden regionalen freien Kassen über ein Abkommen mit Erwähnung der von FAMIFED bestimmten obligatorischen Angaben regeln werden.

Absatz 3 sieht eine Ausnahmeregelung vor, die die Kindergeldakten betrifft, die der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugeordnet wurden und die die föderalen freien Kassen bis zum 31. Dezember des Jahres vor der Übernahme durch diese Gebietskörperschaft verwalteten. Gemäß dieser Regelung werden die aus diesen Akten hervorgehenden Rechte und Pflichten an die regionale öffentliche Kasse dieser Gebietskörperschaft übertragen. Die Bearbeitung der Regularisierungen in diesen Akten wird von den wallonischen regionalen Kassen nach den von den betreffenden Gebietskörperschaften festzulegenden Regeln durchgeführt.

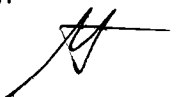
Paragraf 2 Buchstabe b) bestimmt die Gebietskörperschaft, die für die Verwaltung der Altlasten einer bestimmten Akte zuständig ist. Dazu wird die Zuständigkeit unter Anwendung der gemäß Artikel 2 festgelegten Angliederungsfaktoren bestimmt. Innerhalb dieser Körperschaft ist die regionale Kasse für die Regularisierungen zuständig, welche die Rechte und Pflichten der föderalen Kasse übernommen hat, die vor der Übernahme für die zu regularisierenden Zeiträume zuständig war. Es handelt sich dabei somit um die föderale Kasse, welche zu viel oder zu wenig gezahlt hat; letzteres gegebenenfalls, weil der Berechtigte seinen Antrag nicht vor dem Tag der Übertragung gestellt hat.

Paragraf 2 Buchstabe c) verpflichtet jede nicht für die Regularisierung zuständige regionale Kasse zur Übermittlung der erhaltenen Informationen an die regionale Kasse, welche aufgrund der unter Buchstabe b) festgelegten Bestimmungen für die Regularisierung zuständig ist.

Bei asynchronen Übernahmen gilt diese Informationsbeschaffungspflicht zwischen föderalen und regionalen Kassen aufgrund der allgemeinen Grundsätze in der Charta der Sozialversicherten.

Paragraf 3 sieht vor, dass die vier Gebietskörperschaften ein Protokoll schließen, in dem die Anwendung dieses Artikels geregelt wird. Dieses Protokoll muss spätestens am Tag der Veröffentlichung dieses Zusammenarbeitsabkommens im Belgischen Staatsblatt geschlossen sein.

Artikel 6. Artikel 6 sieht vor, zu welchem Zeitpunkt eine Zuständigkeitsänderung zwischen Gebietskörperschaften wirksam wird.



Eine Änderung im Laufe eines Monats wird mit dem ersten Tag des Folgemonats wirksam. Dies hat zur Folge, dass ein Ereignis am ersten Tag des Monats erst mit dem ersten Tag des Folgemonats wirksam wird.

Artikel 7. In Artikel 7 wird festgelegt, dass der Datenaustausch zwischen den Gebietskörperschaften elektronisch erfolgt.

Die praktischen Regelungen für diesen Austausch werden in einem Zusammenarbeitsprotokoll zwischen den Gebietskörperschaften festgelegt.

Artikel 8. Artikel 8 behandelt das Kataster und die Zahlungsanwendungen.

Paragraf 1 Absatz 1 dieses Artikels sieht vor, dass das Kataster und die Trivia-Anwendung während eines Zeitraums von fünf Jahren und drei Monaten nach der ersten Übernahme funktionsfähig bleiben. Diese Frist wurde aufgrund der Bestimmungen von Artikel 120 AFBG gewählt. Durch das Beibehalten des Katasters und von Trivia werden die regionalen Nachfolger der Kindergeldkassen über die erforderlichen Angaben zur Anwendung der aktuellen Kindergeldregelung verfügen, d.h. zur Regularisierung der Kindergeldakten für Zeiträume vor der ersten Übernahme sowie zu den Zahlungen, die aufgrund der europäischen Verordnungen und bilateralen Abkommen vorgenommen werden.

Laut Absatz 2 werden die Unterhaltskosten der beiden Anwendungen in Anwendung des Aufteilungsschlüssels gemäß Artikel 47/5 §5 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen aufgeteilt.

Gemäß Absatz 3 gehören zu diesen Unterhaltskosten auch die Kosten für Anpassung der Trivia-Anwendung, infolge einer Änderung durch einen Informationsanbieter an einem elektronischen Verteil- oder Nachschlagedatenfluss, der zur Trivia-Anwendung gehört.

Laut Absatz 4 müssen die Änderungen am Kataster und der Trivia-Anwendung in einem Zusammenarbeitsprotokoll festgelegt werden.

Auf der Grundlage von Paragraf 2 kann eine Gebietskörperschaft oder können mehrere Gebietskörperschaften das Kataster oder die Trivia-Anwendung selbst anpassen. Diese Anpassungen dürfen jedoch das Hauptziel der Beibehaltung der Anwendung nicht beeinträchtigen. Die Regierungen, die das Kataster oder die Trivia-Anwendung abändern wollen, sind verpflichtet, die anderen Regierungen darüber zu informieren. Diese müssen dann innerhalb von zwei Monaten mitteilen, ob sie die Änderungen ebenfalls in Anspruch nehmen wollen. Es wird davon ausgegangen, dass Regierungen, die nicht fristgemäß reagieren, die vorgenommenen Änderungen selbst nicht in Anspruch nehmen wollen und, dass diese Regierungen demnach nicht zu den Mehrkosten beitragen. Die Verwendung der Änderungen wird in einem Zusammenarbeitsprotokoll festgelegt.

Paragraf 3 sieht ähnliche Maßnahmen für die Zahlungsanwendungen der föderalen Kindergeldkassen vor. Diese Anwendungen müssen ebenfalls funktionsfähig bleiben, damit die regionalen Nachfolger ihren Auftrag ausführen können. Die regionalen Nachfolger dürfen die Zahlungsanwendungen der ehemaligen föderalen Kassen abändern, wenn dies durch Anpassungen in der Trivia-Anwendung, infolge von Änderungen an einem elektronischen Vertriebs- oder Beratungsfluss der Trivia-Anwendung durch einen Informationsanbieter, erforderlich ist.

Aufgrund von Paragraf 4 können die Gebietskörperschaften den Kataster und die Trivia-Anwendung nach Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren und drei Monaten ab der ersten Übernahme noch weiter verwenden, insoweit sie dazu ein Zusammenarbeitsabkommen geschlossen haben.



Artikel 9. Artikel 9 behandelt die Rückforderung der zu Unrecht gezahlten Beträge und verweist auf Artikel 1410 §4 des Gerichtsgesetzbuches für die Einbehaltungsmodalitäten.

Gemäß Absatz 2 müssen die Beträge bei Anträgen um Einbehaltungen mehrerer Schuldforderungen in der Reihenfolge, in der sie der Einrichtung notifiziert worden sind, zurückgezahlt werden.

Artikel 10. Artikel 10 legt die vor der Übertragung an die Gebietskörperschaften notwendige Umstrukturierung des Zahlungsnetzwerks fest.

In Paragraf 1 wird die Zuständigkeit der Kindergeldkassen festgelegt, das heißt jegliches Ereignis, welches bis zum Inkrafttreten vorliegenden Dekretvorentwurfs gemäß dem AFBG Auswirkungen auf die Zuständigkeit der Kassen hatte, ist mit 1. Januar 2018 nicht weiter wirksam.

Paragraf 2 Absatz 1 bestimmt die Schritte vor der Umstrukturierung des Zahlungsnetzwerks. Die freien Kindergeldkassen haben vor dem 1. Juli 2018 ihre aktuellen Akten in einzelne Unterordner pro Gebietskörperschaft aufzuteilen, entsprechend den während der föderalen Verwaltung anwendbaren Angliederungsfaktoren (Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2016).

Gemäß Absatz 2 haben die Kassen vor dem 1. Juli 2018 mitzuteilen, für welche Unterordner und über welchen regionalen Nachfolger sie ihren Auftrag der Kindergeldzahlung nach der Übernahme durch die verschiedenen Gebietskörperschaften fortsetzen werden. Diese Bestimmung beeinträchtigt unter keinen Umständen die künftigen Anerkennungen der Zahleinrichtungen durch die Gebietskörperschaften.

Gemäß Paragraf 3 haben die freien Kindergeldkassen jegliche der Übertragung dienlichen Angaben bezüglich ihrer Kindergeldakten zur Verfügung zu stellen. Dies betrifft ausschließlich die für die Übertragung der Kindergeldzuständigkeit notwendigen Angaben. Diese Angaben sind den anderen Kassen sowie den sich erkundigenden Gebietskörperschaften zu übermitteln.

Paragraf 4 sieht vor, dass die freien Kindergeldkassen ihre Unterordner der Akten vom 1. Juli 2018 bis zum 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der Übernahme durch eine Gebietskörperschaft übertragen können, unter Berücksichtigung der gewählten, von ihren Nachfolgern weiter zu verwaltenden Unterordner.

Diese Übertragungen dürfen jedoch erst nach Genehmigung des in Paragraf 5 erwähnten Abkommens durch den Verwaltungsausschuss von FAMIFED durchgeführt werden.

Laut Absatz 3 wird ein mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft verbundener Unterordner so verwaltet, als handele es sich um einen mit der Wallonischen Region verbundenen Unterordner. Dieses besondere Verfahren gilt für die mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft verbundenen Akten, da die Deutschsprachige Gemeinschaft beschlossen hat, für die Kindergeldzahlung nach der Übernahme keine privaten Kassen mehr in Anspruch zu nehmen.

Gemäß Absatz 4 hat die Kasse, die in einer von ihr zu verwaltenden Akte in Anwendung der Angliederungsfaktoren eine Zuständigkeitsänderung feststellt, diese Akte mit dem richtigen Unterordner zu verbinden und diese gegebenenfalls zu übertragen an die Kasse, welcher gemäß dem von der Kasse abgeschlossenen Abkommen der entsprechende Unterordner übertragen wurde.

Angesichts des Umstandes, dass neue, bisher nicht angeschlossene Arbeitgeber sich derzeit einer Kasse anschließen können, sind laut Absatz 5 die neuen Akten unmittelbar



zu überprüfen und gegebenenfalls entsprechend den geltenden Angliederungsfaktoren und den zwischen den Kassen abgeschlossenen Abkommen zu übertragen.

Gemäß Absatz 6 sind die Unterordner, welche die Kassen nach der ersten Übernahme nicht weiter verwalten möchten und die am 1. Juli 2018 keinem Übertragungsabkommen zwischen Kassen unterliegen, spätestens am 30. September 2018 von Amts wegen an FAMIFED zu übertragen. Dies gilt ebenfalls für die Akten der Kassen, die 2018 ihre laufenden Tätigkeiten einstellen und die nicht vor dem 1. Juli 2018 ein Übertragungsabkommen abgeschlossen haben. Der Text bestimmt jedoch, dass die Kassen, die ihre Tätigkeiten nach dem 30. September 2018 einstellen, ihre Akten unmittelbar und spätestens am 30. November 2018 zu übertragen haben. Es wird festgelegt, dass FAMIFED die Bedingungen der Übertragungen bestimmt und die Rechte und Pflichten dieser Kassen übernimmt.

Laut Paragraph 5 erfolgt die Aktenübertragung aufgrund eines vor dem 1. Juli 2018 abgeschlossenen Abkommens, dessen zwingende Angaben durch den Verwaltungsausschuss von FAMIFED bestimmt wurden. In diesen Abkommen kann eine Vergütung für die Übertragung der Unterordner festgelegt werden. Diese wird dann der Verwaltungsrücklage der betreffenden Kasse zugeschlagen.

Paragraph 6 bestimmt, dass das Abkommen mit der Genehmigung von FAMIFED bezüglich der obligatorischen Angaben wirksam wird. Für alle Fälle wird angemerkt, dass das Abkommen spätestens am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der Übernahme durch eine Gebietskörperschaft wirksam wird. Die Rechte und Pflichten der übertragenden Kassen im Verhältnis zu den Sozialversicherten werden somit an die übernehmenden Kassen übertragen. Die übertragenden Kassen haben somit ihre Zuständigkeitserhaltung entsprechend den geltenden Angliederungsfaktoren zu überprüfen und gegebenenfalls die Akte an die gemäß den von der Kasse abgeschlossenen Abkommen zuständige Kasse entsprechend den genannten Faktoren zu übertragen.

Artikel 11. Die Exekutivorgane der Gebietskörperschaften entziehen für die eigene Gebietskörperschaft die Anerkennungen der föderalen freien Kassen und erkennen Zahleinrichtungen aufgrund ihres eigenen Regelwerks an. Wenn diese Anerkennungen und Entziehungen erst am Übernahmedatum der Kindergeldverwaltung und -zahlung durch eine Gebietskörperschaft in Kraft treten, sind sie jedoch vor dieser Übernahme durchzuführen. Die Exekutivorgane können Personalmitglieder aus den föderalen freien Kassen in ihre öffentlichen Kassen übernehmen.

Artikel 12. Artikel 12 sieht im Falle von Anwendungsproblemen zwischen den Gebietskörperschaften im Hinblick auf die Angliederungsfaktoren eine Mediation vor, deren konkrete Ausgestaltung in einem Zusammenarbeitsprotokoll festgelegt wird.

Außerdem sieht dieser Artikel vor, dass die Gebietskörperschaften bei der Anwendung und Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften einander um eine Zusammenarbeit ersuchen können.

Artikel 13. In diesem Artikel werden die Daten des Inkrafttretens der verschiedenen Bestimmungen festgelegt.

BEMERKUNGEN ZU DEM GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Der Rat für Familienleistungen merkt in seinem Gutachten an, dass die korrekte Umsetzung der europäischen Verordnung zur Eröffnung des Kindergeldes ein Expertenwissen voraus setzt. Der Rat regt hierzu an eine gemeinsame Expertenzelle der vier Gebietskörperschaften zu erschaffen.



Die Teilstaaten beraten momentan über die Schaffung eines interregionalen Organs für die Familienleistungen. Eine mögliche Aufgabe wäre das Bereitstellen von Expertise im EU-Recht.

Der Rat ist der Meinung, dass die Verwaltung der Historie der Akten durch die wallonischen Kassen genauestens zu definieren ist. Dies betrifft auch die finanziellen Implikationen. Bezüglich der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist von acht Jahren für die Archive, spricht sich der Rat dafür aus diese Frist zu erhöhen.

Die Wallonische Region und die Deutschsprachige Gemeinschaft arbeiten momentan an einem Abkommen, dass diese Fragen klärt. Eine längere Archivierungsfrist wird nicht vorgesehen. Die zeitliche begrenzte Aufbewahrung der persönlichen Daten dient dem Datenschutz des Bürgers.

Der Rat merkt an, dass die Frist von einem Monat für den Zuständigkeitswechsel sehr kurz sei und darauf geachtet werden muss, dass die Kontinuität der Auszahlung des Kindergeldes gewährt werden muss, so dass die betroffenen Familien dadurch keinen Nachteil erleiden.

Die Teilstaaten arbeiten momentan an einem Protokoll, das vorliegendes Abkommen ausführt, um die Kontinuität der Zahlungen bei Umzug zu garantieren.

Bezüglich der Rückforderungen ist der Rat der Meinung, dass das Verfahren zu definieren sei. Des Weiterem muss auch geklärt werden in welchen Härtefällen auf eine Rückforderung verzichtet werden kann und fügt hinzu, dass es ratsam sei die Regierung und das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diesen Prozess nicht zu involvieren sondern dem Rat diese Entscheidung zu überlassen.

Der Dekretentwurf über die Familienleistungen sieht die Möglichkeit vor auf das Eintreiben von Forderungen verzichten, u.a. aus sozialen Gründen. Detaillierter wird dies in einem Erlass umgesetzt werden. Aufgrund des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der deutschsprachigen Gemeinschaft steht es alleine der Regierung zu, Forderungen für uneintreibbar zu erklären.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einzigster Artikel

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS



REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Op de voordracht van de Minister van Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd voor Gezin is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de aanknopingsfactoren, het beheer van de lasten van het verleden, de gegevensuitwisseling inzake de gezinsbijslagen en de praktische regels betreffende de bevoegdheidsoverdracht tussen de kinderbijslagfondsen

INHOUD

Dit decreet strekt ertoe instemming te verlenen met het Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de aanknopingsfactoren, het beheer van de lasten van het verleden, de gegevensuitwisseling inzake de gezinsbijslagen en de praktische regels betreffende de bevoegdheidsoverdracht tussen de kinderbijslagfondsen.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Opmerkingen bij het advies van de Raad voor Gezinsbijslagen	10
Bespreking van het enige artikel	11
Voorontwerp	12

Bijlage

Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de aanknopingsfactoren, het beheer van de lasten van het verleden, de gegevensuitwisseling inzake de gezinsbijslagen en de praktische regels betreffende de bevoegdheids-overdracht tussen de kinderbijslagfondsen	13
Advies van de Raad voor Gezinsbijslagen	14

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

1. Algemene beschrijving van het samenwerkingsakkoord

Dit samenwerkingsakkoord heeft tot doel de kinderbijslagwetgeving te wijzigen. De reden daarvoor is dat het gaat om wijzigingen die beschouwd moeten worden als wijzigingen van essentiële elementen in de zin van artikel 94, § 1*bis*, tweede lid, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen die bijgevolg via een samenwerkingsakkoord moeten worden aangebracht.

Bepaling van de bevoegdheid van de deeltentiteiten

In het samenwerkingsakkoord wordt vastgelegd op basis van welke criteria bepaald wordt welke deeltentiteit voor welk kind inzake gezinsbijslagen bevoegd is. Dat geschiedt in de eerste plaats op basis van de woonplaats van het kind.

In het samenwerkingsakkoord wordt ook vastgelegd welke personen in aanmerking komen voor de toepassing van het EU-recht inzake gezinsbijslagen.

Beheer van de lasten van het verleden

In het samenwerkingsakkoord wordt bepaald aan welke rechtsopvolgers de rechten en verplichtingen van de huidige vrije kinderbijslagfondsen en het huidige publieke kinderbijslagfonds overgedragen worden. Voor de dossiers die betrekking hebben op de Duitstalige Gemeenschap dragen alle fondsen hun rechten en verplichtingen over aan het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat het publieke fonds van de Duitstalige Gemeenschap wordt.

De informatie over de dossiers van de Duitstalige Gemeenschap moet echter ook worden overgedragen aan de Waalse rechtsopvolgers van de federale fondsen. Zodra het Waalse Gewest uit het federale beheer is gestapt, zullen de Waalse rechtsopvolgers tegen vergoeding de regularisaties die betrekking hebben op de periode vóór 31 december 2018 voor de Duitstalige Gemeenschap verwerken. Indien het Waalse Gewest later uitstapt dan de Duitstalige Gemeenschap, moet de Duitstalige Gemeenschap overeenstemming over de regularisaties bereiken met de federale fondsen die nog verder bestaan.

Gegevensuitwisseling

De regeringen bepalen samen hoe de gegevens worden uitgewisseld indien een deeltentiteit vaststelt dat een andere deeltentiteit bevoegd is om de gezinsbijslagen te betalen.

De trivia-toepassing, waarmee de fondsen nu toegang hebben tot verschillende inlichtingen die ze nodig hebben om de gezinsbijslagen uit te betalen, moet op zijn minst tot 5 jaar na de eerste uitstap verder gebruikt kunnen worden.

De betaalinstelling van een deeltentiteit die een bedrag moet terugvorderen, kan aan de betaalinstelling van de andere deeltentiteiten vragen om een deel van de toekomstige betalingen van gezinsbijslagen voor haar rekening in te houden.

Als de deeltentiteiten het niet eens zijn over de toepassing van het samenwerkingsakkoord kunnen ze een bemiddelingsprocedure instellen. De regeringen bepalen samen de nadere regels voor die procedure.

Overdracht van bevoegdheid tussen kinderbijslagfondsen

In dit hoofdstuk wordt de bevoegdheid van de vrije fondsen in het huidige federale systeem gereorganiseerd. Vanaf 1 januari 2018 blijft elk fonds bevoegd voor de dossiers waarvoor het op 31 december 2017 bevoegd was.

Elk vrij kinderbijslagfonds beslist voor welke van de drie deeltentiteiten het na de overname van het beheer wil werken. Ze wisselt de dossiers dan uit met andere fondsen, zodat ze alleen nog over de dossiers van de gekozen deeltentiteiten beschikt. De dossiers van de Duitstalige Gemeenschap volgen de dossiers van het Waalse Gewest, zodat op het einde van dat proces alleen nog fondsen die in het Waalse Gewest werken, dossiers van de Duitstalige Gemeenschap zullen beheren.

Vanaf juli 2018 moeten de kinderbijslagfondsen de inlichtingen over hun kinderbijslagdossiers ter beschikking stellen van de deeltentiteiten om tests mogelijk te maken.

Voorts bepaalt het samenwerkingsakkoord dat de deeltentiteiten de erkenning van de vrije kinderbijslagfondsen intrekken en dat de regeringen van de deeltentiteiten regels voor de overname van personeel van vrije kinderbijslagfondsen kunnen bepalen.

2. Toelichting bij de artikelen van het samenwerkingsakkoord

Artikel 1. In artikel 1 worden een aantal begrippen gedefinieerd die in het samenwerkingsakkoord gebruikt worden.

De definities gelden alleen voor dit samenwerkingsakkoord.

Een van de gedefinieerde begrippen is 'kadaster'. Daarmee wordt het verwijzingsrepertorium bedoeld zoals dat bestond op 31 december van het jaar voor dat van de eerste overname van het beheer en van de betaling door een deeltentiteit (hierna: overname), waarin de gegevens van alle actoren van alle dossiers van alle kinderbijslagfondsen zijn opgenomen. Dat kadaster bevat dus de volgende gegevens: identificatienummer van de sociale zekerheid, naam, voornaam, geboortedatum, dossiernummer, integratieperiode, geboortepremie, adoptiepremie en gewestcode.

Een ander gedefinieerd begrip is 'kinderbijslagregeling'. Daarmee worden alle teksten bedoeld die vóór de eerste overname van het beheer en de uitbetaling golden. Daartoe behoren:

- de Algemene Kinderbijslagwet van 19 december 1939 (AKBW);
- de wet van 20 juli 1971 tot instelling van gewaarborgde gezinsbijslag;
- de samengeordende wetten van 5 oktober 1948 op de vergoedingspensioenen;
- de wet van 9 maart 1953 houdende sommige aanpassingen in zake militaire pensioenen en verlening van kosteloze genees- en artseneijkundige verzorging voor de militaire invaliden van vredeestijd;
- de wet van 15 maart 1954 betreffende de herstellpensioenen voor de burgerlijke slachtoffers van de oorlog 1940-1945 en hun rechthebbenden;
- de wet van 6 augustus 1962 waarbij de toepassing van de wetten op de vergoedingspensioenen wordt uitgebreid tot de gevolgen van sommige schadelijke feiten die zich hebben voorgedaan op het grondgebied van de Republiek Kongo (Leopoldstad), van Rwanda en van Boeroendi en de wet van 6 juli 1964 waarbij de toepassing van de wetten betreffende de herstellpensioenen voor de burgerlijke slachtoffers van de oorlog 1940-1945 en hun rechthebbenden wordt uitgebreid tot de gevolgen van sommige feiten die zich hebben voorgedaan op het grondgebied van Kongo (Leopoldstad), van Rwanda en van Burundi;
- het koninklijk besluit van 21 mei 1964 tot coördinatie van de wetten betreffende het personeel in Afrika, op grond waarvan aan het beroepspersoneel der Kaders in Afrika een toeslag en pensioen wordt toegekend.

Artikel 2. In artikel 2 wordt bepaald welke persoonlijke aanknopingsfactoren moeten worden toegepast, nadat de deeltentiteiten het beheer en de uitbetaling van de gezinsbijslagen overnemen.

Aan de hand van die factoren wordt bepaald welke deeltentiteit bevoegd is voor het beheer en de uitbetaling van de kinderbijslag voor een kind.

De aanknopingsfactoren worden in de opgegeven volgorde toegepast, wat tot gevolg heeft dat een volgende factor alleen toegepast wordt als de vorige factor niet van toepassing is.

De doorslaggevende factor is dus de plaats waar het kind zich werkelijk bevindt. Indien die factor niet kan worden toegepast, wordt de werkplek van de werknemer de in aanmerking te nemen factor. Indien in België geen activiteit als werknemer wordt uitgeoefend, wordt de (laatste) woonplaats van de sociaal verzekerde in aanmerking genomen en, in aansluiting daarop, de lokalisatie van het sociaal verzekeringsfonds of de lokalisatie van de kinderbijslaginstelling.

Er wordt een voorrangrecht vastgelegd om situaties te regelen waarin twee verschillende deeltentiteiten, na toepassing van de aanknopingsfactoren, op basis van dezelfde aanknopingsfactor bevoegd zouden worden. Zo wordt de deeltentiteit waartoe de oudste van de sociaal verzekerden behoort, bij voorrang bevoegd.

Voorts bepaalt artikel 2 de specifieke aanknopingsregeling voor aanvragen om vooruitbetaald kraamgeld te ontvangen. Het vooruitbetaald kraamgeld wordt betaald door de deeltentiteit waarin de moeder van het kind zich bevindt.

Artikel 3. In artikel 3 wordt het personeel toepassingsgebied van de Europese verordeningen bepaald.

Krachtens het eerste lid beperkt dat toepassingsgebied zich tot de volgende sociaal verzekerden: de ouder, de persoon die geen bloed- of aanverwant is tot en met de derde graad van die ouder en die met de ouder feitelijk of wettelijk samenwoont en de echtgenoot/echtgenote van de ouder met betrekking tot hun eigen of gemeenschappelijke kinderen.

In het tweede lid worden de gezamenlijke criteria voor de toepassing van de Verordening (EG) nr. 883/2004 vastgelegd. De socioprofessionele situaties waarmee bij de uitvoering van de verordening rekening moet worden gehouden, zijn opgenomen in een bijlage. In die bijlage worden ze gerangschikt in categorieën van rechten, ingedeeld op basis waarvan het recht op kinderbijslag verkregen wordt. Bijgevolg zullen de deeltentiteiten hun bevoegdheid in het kader van de Verordening (EG) nr. 883/2004 eenvormig en gecoördineerd uitoefenen. Indien na inwerkingtreding van het samenwerkingsakkoord een nieuwe socio-professionele situatie wordt gecreëerd die niet in de bijlage wordt vermeld, dan wordt die ingedeeld bij de restgroep ("op basis van de woonplaats verkregen recht"); in voorkomend geval kan die nieuwe socio-professionele situatie later via een samenwerkingsakkoord tussen de deeltentiteiten in een andere categorie ingedeeld worden.

Artikel 4. Artikel 4 bevat een overgangsmaatregel voor de situaties waarin de Europese verordeningen van toepassing zijn.

Volgens die maatregel is het zo dat de persoon die - onmiddellijk voor de overname van het beheer en de betaling van de gezinsbijslagen door de deeltentiteiten - recht op kinderbijslag had en op basis van een vóór 1 januari 2019 geldende kinderbijslagregeling de hoedanigheid van rechthebbende had, die hoedanigheid behoudt. Via die maatregel

blijft het recht behouden voor kinderen die met toepassing van artikel 2, tweede lid, en artikel 3 hun recht op kinderbijslag zouden verliezen.

Die overgangsmaatregel geldt echter niet meer zodra de gezinssituatie wijzigt of zodra de grondslag waarmee het recht in de Europese context verkregen wordt, wijzigt.

De wijzigingen hebben uitwerking op de eerste dag van de maand na de maand waarin de situatie gewijzigd is.

Artikel 5. Artikel 5 bepaalt het beheer van de lasten van het verleden, d.i. hoe de kinderbijslagfondsen - vanaf de overname - de regularisaties met de sociaal verzekerden uitvoeren voor betalingen of terugvorderingen die betrekking hebben op perioden vóór die overname.

Paragraaf 1 bepaalt onder meer het begrip 'regularisatie'.

In paragraaf 2, a), eerste lid, wordt het principe verankerd dat elk federaal (vrij of publiek) kinderbijslagfonds in elke deelentiteit een regionale opvolger heeft die zijn op de dag voor de overname bestaande rechten en verplichtingen overneemt.

Overeenkomstig het tweede lid draagt FAMIFED zijn rechten en verplichtingen ambtshalve over aan de vier door de deelentiteiten opgerichte publieke kinderbijslagfondsen, terwijl de federale vrije kinderbijslagfondsen die overdracht aan de vrije, in de deelentiteiten nog op te richten kinderbijslagfondsen zullen regelen via een overeenkomst, met vermelding van de door FAMIFED bepaalde vermeldingen die verplicht in die overeenkomst moeten voorkomen.

Het derde lid voorziet in een uitzonderingsregeling die betrekking heeft op de kinderbijslagdossiers die aan de Duitstalige Gemeenschap werden toegewezen en die de federale vrije kinderbijslagfondsen - tot 31 december van het jaar vóór de overname door de Duitstalige Gemeenschap - beheerden. Volgens die uitzonderingsregeling worden de uit die dossiers voortvloeiende rechten en verplichtingen overgedragen aan het publieke fonds van de Duitstalige Gemeenschap. De regularisaties worden in die dossiers uitgevoerd door de Waalse regionale kinderbijslagfondsen op basis van de regels die door de betrokken deelentiteiten worden vastgelegd.

Paragraaf 2, b), bepaalt welke deelentiteit bevoegd is voor het beheer van de lasten van het verleden van een bepaald dossier. Welke deelentiteit daartoe bevoegd is, wordt bepaald met toepassing van de aanknopingsfactoren bepaald in artikel 2. Binnen die deelentiteit is het volgende regionale kinderbijslagfonds bevoegd voor de regularisaties: het regionale kinderbijslagfonds dat de rechten en verplichtingen heeft overgenomen van het federale fonds dat vóór de overname voor de te regulariseren perioden bevoegd was. Daarbij gaat het dus om het federale fonds dat te veel of te weinig betaald heeft; laatstgenoemde mogelijkheid (te weinig betaald) kan zich voordoen, als de rechthebbende zijn aanvraag niet vóór de dag van de overdracht heeft ingediend.

Paragraaf 2, c), verplicht elk niet voor de regularisatie bevoegd regionaal kinderbijslagfonds om ontvangen informatie door te zenden aan het regionaal kinderbijslagfonds dat op grond van de bepalingen vervat in b) wel bevoegd is voor de regularisatie.

Bij niet-synchrone overnames geldt die informatieplicht tussen federale en regionale kinderbijslagfondsen op grond van de algemene principes vervat in het handvest van de sociaal verzekerde.

Paragraaf 3 bepaalt dat de vier deelentiteiten een samenwerkingsprotocol sluiten waarin de toepassing van dit artikel geregeld wordt. Ten laatste op de datum van be-

kendmaking van dit samenwerkingsakkoord in het Belgisch Staatsblad moet dat samenwerkingsprotocol gesloten zijn.

Artikel 6. Artikel 6 bepaalt wanneer een bevoegdheidswijziging tussen deelentiteiten in werking treedt.

Als de bevoegdheid in de loop van een maand wijzigt, gaat de wijziging in op de eerste dag van de volgende maand. Dat betekent dat een gebeurtenis op de eerste dag van een maand pas ingaat op de eerste dag van de daaropvolgende maand.

Artikel 7. In artikel 7 wordt bepaald dat de gegevensuitwisseling tussen de deelentiteiten elektronisch verloopt.

De praktische regels voor die gegevensuitwisseling worden vastgelegd in een samenwerkingsprotocol tussen de deelentiteiten.

Artikel 8. Artikel 8 betreft het kadaster en de betaalapplicaties.

Paragraaf 1, eerste lid, van dit artikel bepaalt dat het kadaster en de trivia-toepassing blijven functioneren gedurende vijf jaar en drie maanden na de eerste overname. Die termijn werd gekozen op basis van de bepalingen van artikel 120 van de AKBW. Het kadaster en de trivia-toepassing dienen te blijven functioneren, zodat de regionale rechtsopvolgers van de kinderbijslagfondsen over de nodige gegevens beschikken om de huidige kinderbijslagregeling te kunnen toepassen, d.i. om de kinderbijslagdossiers voor perioden vóór de eerste overname te regulariseren en om betalingen op basis van de Europese verordeningen en bilaterale overeenkomsten te kunnen verrichten.

Luidens het tweede lid worden de onderhoudskosten van het kadaster en de trivia-toepassing gedragen door de deelentiteiten overeenkomstig de verdeelsleutel vastgelegd in artikel 47/5, § 5, van de bijzondere wet van 16 januari 1989 betreffende de financiering van de Gemeenschappen en de Gewesten.

Overeenkomstig het derde lid omvatten die onderhoudskosten ook de kosten voor de aanpassing van de trivia-toepassing wanneer een informatieleverancier een wijziging aanbrengt in een elektronische distributie- of consultatiestroom die deel uitmaakt van de trivia-toepassing.

Volgens het vierde lid moeten de wijzigingen van het kadaster en van de trivia-toepassing vastgelegd worden in een samenwerkingsprotocol.

Op grond van paragraaf 2 kunnen één of meer deelentiteiten het kadaster of de trivia-toepassing zelf aanpassen. Die aanpassingen mogen het hoofddoel van het behoud van de toepassing echter niet in het gedrang brengen. De regeringen die het kadaster of de trivia-toepassing willen wijzigen, moeten dat melden aan de andere regeringen. Deze regeringen moeten dan binnen twee maanden laten weten of ze ook gebruik willen maken van die wijzigingen. Er wordt van uitgegaan dat niet tijdig reagerende regeringen zelf geen gebruik wensen te maken van de wijzigingen en dan ook niet bijdragen in de kosten die aan die wijzigingen verbonden zijn. Het gebruik van de wijzigingen wordt vastgelegd in een samenwerkingsprotocol.

Paragraaf 3 bevat soortgelijke maatregelen voor de betaalapplicaties van de federale kinderbijslagfondsen. Ook die applicaties moeten blijven functioneren, zodat de regionale rechtsopvolgers hun opdracht kunnen vervullen. De regionale rechtsopvolgers mogen de betaalapplicaties van de voormalige federale kinderbijslagfondsen wijzigen naar aanleiding van aanpassingen in de trivia-toepassing, wanneer een informatieleverancier een wijziging aanbrengt in een elektronische distributie- of consultatiestroom die deel uitmaakt van de trivia-toepassing.

Op grond van paragraaf 4 kunnen de deeltentiteiten het kadaster en de trivia-toepassing, na het verstrijken van de termijn van vijf jaar en drie maanden na de eerste overname, nog blijven gebruiken, als ze een samenwerkingsakkoord daartoe hebben gesloten.

Artikel 9. Artikel 9 betreft de terugvordering van ten onrechte betaalde bedragen. Voor de wijze waarop inhoudingen kunnen worden verricht, wordt verwezen naar artikel 1410, § 4, van het Gerechtelijk Wetboek.

Overeenkomstig het tweede lid is het zo dat, als er inhoudingen worden gevraagd om meerdere schuldvorderingen af te lossen, de schuldvorderingen terugbetaald worden in de volgorde waarin ze aan de betaalinstelling zijn betekend.

Artikel 10. Artikel 10 bepaalt de reorganisatie van het betaalcircuit die voor de overdracht aan de deeltentiteiten noodzakelijk is.

In paragraaf 1 wordt de bevoegdheid van de kinderbijslagfondsen vastgelegd: elke gebeurtenis die tot inwerkingtreding van dit voorontwerp van decreet overeenkomstig de AKBW uitwerkingen op de bevoegdheid van de kinderbijslagfondsen had, heeft vanaf 1 januari 2018 geen uitwerking meer.

Paragraaf 2, eerste lid, bepaalt welke stappen moeten worden ondernomen om het betaalcircuit te reorganiseren. De vrije kinderbijslagfondsen moeten hun huidige dossiers voor 1 juli 2018 verdelen over afzonderlijke subportefeuilles per deeltentiteit, overeenkomstig de aanknopingsfactoren die tijdens het federale beheer van toepassing zijn (samenwerkingsakkoord van 14 juli 2016).

Overeenkomstig het tweede lid moeten de kinderbijslagfondsen voor 1 juli 2018 meedelen ten opzichte van welke subportefeuilles en via welke regionale rechtsopvolgers ze hun opdracht van betaling van de kinderbijslag - na de overname door de verschillende deeltentiteiten - zullen voortzetten. Die bepaling heeft geen enkele weerslag op de toekomstige erkenning van de betaalinstellingen door de deeltentiteiten.

Overeenkomstig paragraaf 3 moeten de vrije kinderbijslagfondsen alle gegevens in verband met hun kinderbijslagdossiers die voor de overdracht nuttig zijn, ter beschikking stellen. Het gaat alleen om de gegevens die noodzakelijk zijn om de bevoegdheidsoverdracht mogelijk te maken. Die gegevens moeten worden overgezonden aan de andere kinderbijslagfondsen en aan de deeltentiteiten die erom vragen.

In paragraaf 4 staat dat de vrije kinderbijslagfondsen hun subportefeuilles van de dossiers kunnen overdragen vanaf 1 juli 2018 tot en met 31 december van het jaar vóór het jaar van de overname door een deeltentiteit, rekening houdend met de subportefeuilles die ze hebben gekozen en die door hun rechtsopvolgers verder beheerd worden.

Die overdrachten mogen echter pas plaatsvinden, nadat het Beheerscomité van FAMIFED de overeenkomst bedoeld in paragraaf 5 heeft goedgekeurd.

Luidens het derde lid wordt een aan de Duitstalige Gemeenschap gekoppelde subportefeuille beheerd alsof het gaat om een aan het Waals Gewest gekoppelde subportefeuille. Deze bijzondere procedure geldt voor de dossiers die aan de Duitstalige Gemeenschap gekoppeld zijn, omdat de Duitstalige Gemeenschap besloten heeft om na de overname geen beroep meer te doen op vrije kinderbijslagfondsen voor de betaling van de kinderbijslagen.

Overeenkomstig het vierde lid moet het kinderbijslagfonds dat vaststelt dat de bevoegdheid voor een door hem beheerd dossier met toepassing van de aanknopingsfacto-

ren gewijzigd is, dat dossier aan de juiste subportefeuille koppelen en het zo nodig overdragen aan het kinderbijslagfonds waaraan de desbetreffende subportefeuille krachtens de overdrachtovereenkomst werd overgedragen.

Gelet op de omstandigheid dat nieuwe, tot dusver niet-aangesloten werkgevers zich voor het ogenblik bij een kinderbijslagfonds kunnen aansluiten, moeten de nieuwe dossiers luidens het vijfde lid onmiddellijk onderzocht worden en zo nodig, overeenkomstig de geldende aanknopingsfactoren en de tussen de fondsen gesloten overeenkomsten, overgedragen worden.

Overeenkomstig het zesde lid moeten de subportefeuilles die de kinderbijslagfondsen na de eerste overname niet verder willen beheren en die op 1 juli 2018 onder geen enkele overdrachtovereenkomst tussen kinderbijslagfondsen vallen, ten laatste op 30 september 2018 van ambtswege aan FAMIFED overgedragen worden. Dat geldt ook voor de dossiers van de fondsen die hun activiteiten in 2018 stopzetten en die voor 1 juli 2018 geen overdrachtovereenkomst gesloten hebben. In de tekst staat echter dat de fondsen die hun activiteiten na 30 september 2018 stopzetten, hun dossiers onverwijld en ten laatste op 30 november 2018 moeten overdragen. Er wordt gepreciseerd dat FAMIFED de overdrachtsvoorwaarden bepaalt en de rechten en verplichtingen van die fondsen overneemt.

Luidens paragraaf 5 gebeurt de overdracht van dossiers op basis van een overeenkomst afgesloten voor 1 juli 2018 en worden de vermeldingen die verplicht in die overeenkomst moeten voorkomen, bepaald door het Beheerscomité van FAMIFED. In die overeenkomst kan een vergoeding voor de overdracht van de subportefeuilles vastgelegd worden. Die vergoeding wordt dan toegevoegd aan de administratieve reserve van het betrokken fonds.

Paragraaf 6 bepaalt dat de overeenkomst uitwerking krijgt via de goedkeuring door FAMIFED na verificatie van de verplichte vermeldingen. Voor alle zekerheid wordt vermeld dat de overeenkomst ten laatste uitwerking heeft op 31 december van het jaar vóór de overname door een deeltentiteit. De rechten en verplichtingen van de overdragende kinderbijslagfondsen ten opzichte van de sociaal verzekerden worden aldus overgedragen aan de overnemende fondsen. De overdragende fondsen moeten bijgevolg het behoud van hun bevoegdheid ten opzichte van de geldende aanknopingsfactoren verifiëren en het dossier zo nodig overdragen aan het fonds dat overeenkomstig de door FAMIFED goedgekeurde overeenkomsten en op basis van de genoemde aanknopingsfactoren bevoegd geworden is.

Artikel 11. De regeringen van de deeltentiteiten trekken, voor hun eigen deeltentiteit, de erkenning van de federale vrije kinderbijslagfondsen in en erkennen betaalinstanties op basis van hun eigen regelgeving. Die erkenningen en intrekkingen treden weliswaar pas in werking op de dag van de overname van het beheer en de betaling van de gezinsbijslagen door de betrokken deeltentiteit, maar moeten vóór die overname worden uitgevoerd. De regeringen kunnen personeelsleden van de federale vrije kinderbijslagfondsen in hun publieke fondsen overnemen.

Artikel 12. In geval van problemen tussen de deeltentiteiten bij het toepassen van de aanknopingsfactoren, voorziet artikel 12 in de mogelijkheid om bemiddeling te vragen. De concrete regels voor die bemiddeling worden vastgelegd in een samenwerkingsprotocol.

Voorts kan een deeltentiteit die de toepassing en de omzetting van de Europese rechtsvoorschriften wil bespreken, de andere deeltentiteiten om samenwerking vragen.

Artikel 13. Dit artikel bepaalt de datum waarop de verschillende bepalingen in werking treden.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE RAAD VOOR GEZINSBIJSLAGEN

De Raad voor Gezinsbijslagen merkt in zijn advies op dat de kennis van deskundigen nodig is om de Europese verordening betreffende de opening op het recht op gezinsbijslagen correct om te zetten. De Raad stelt voor dat de vier deelentiteiten een gemeenschappelijke cel van deskundigen oprichten.

De deelstaten beraadslagen momenteel over de oprichting van een intergewestelijk orgaan voor de gezinsbijslagen. Een mogelijke taak zou het ter beschikking stellen van expertise op het gebied van EU-recht zijn.

De Raad voor Gezinsbijslagen is van oordeel dat het beheer van de historie van de dossiers door de Waalse kinderbijslagfondsen zeer nauwkeurig moet worden vastgelegd. Dit betreft ook de financiële implicaties. Wat de wettelijke bewaartermijn voor archieven betreft, namelijk acht jaar, stelt de Raad voor Gezinsbijslagen voor om in een langere bewaartermijn te voorzien.

Het Waals Gewest en de Duitstalige Gemeenschap werken momenteel aan een overeenkomst waarin die vragen worden opgelost. Er wordt niet in een langere archiverings-termijn voorzien. De in de tijd beperkte bewaring van persoonlijke gegevens dient tot bescherming van de persoonsgegevens van de burger.

De Raad voor Gezinsbijslagen merkt op dat één maand een heel korte termijn voor de bevoegdheidsoverdracht is en dat erop gelet moet worden dat de continuïteit van de betaling van de kinderbijslag gewaarborgd wordt, zodat de betrokken gezinnen geen nadeel ondervinden.

De deelstaten werken momenteel aan een protocol ter uitvoering van deze overeenkomst om de continuïteit van de betaling bij verhuizingen te waarborgen.

Voor de terugvorderingen is de Raad voor Gezinsbijslagen van oordeel dat de procedure moet worden vastgelegd. Voorts moet ook worden verduidelijkt in welke schrijnende gevallen afstand kan worden gedaan van een terugvordering. De Raad voegt eraan toe dat het raadzaam zou zijn de Regering en het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap niet bij dat proces te betrekken, maar die beslissing over te laten aan de Raad voor Gezinsbijslagen.

Het voorontwerp van decreet betreffende de gezinsbijslagen voorziet in de mogelijkheid om van de schuldinvordering af te zien, onder meer om sociale redenen. Een en ander wordt gedetailleerder vastgelegd in een besluit. Krachtens het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap is alleen de Regering bevoegd om vorderingen niet-invorderbaar te verklaren.

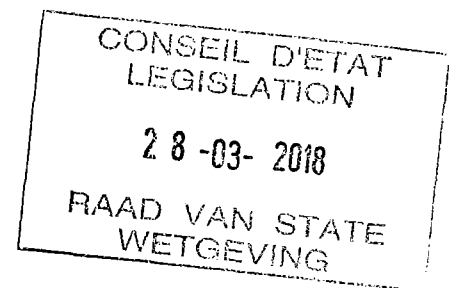
BESPREKING VAN HET ENIGE ARTIKEL

Enig artikel

Het enige artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP



Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de aanknopingsfactoren, het beheer van de lasten van het verleden, de gegevensuitwisseling inzake de gezinsbijslagen en de praktische regels betreffende de bevoegdheidsoverdracht tussen de kinderbijslagfondsen

Enig artikel – Instemming wordt verleend met het Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de aanknopingsfactoren, het beheer van de lasten van het verleden, de gegevensuitwisseling inzake de gezinsbijslagen en de praktische regels betreffende de bevoegdheidsoverdracht tussen de kinderbijslagfondsen.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

BIJLAGE

Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de aanknopingsfactoren, het beheer van de lasten van het verleden, de gegevensuitwisseling inzake de gezinsbijslagen en de praktische regels betreffende de bevoegdheidsoverdracht tussen de kinderbijslagfondsen

Afzonderlijke bijlage

Advies van de Raad voor Gezinsbijslagen

Afzonderlijke bijlage

02 FEB. 2018



POUR COPIE CONFORME :
POUR LE PREMIER MINISTRE :

D. GULDEMONT

Secrétariat central Comité de concertation

**ZUSAMMENARBEITSABKOMMEN ZWISCHEN DER FLÄMISCHEN
GEMEINSCHAFT, DER WALLONISCHEN REGION, DER GEMEINSAMEN
GEMEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN
GEMEINSCHAFT BEZÜGLICH DER ANGLIEDERUNGSFAKTOREN, DER
VERWALTUNG DER ALTLASTEN, DES DATENAUSTAUSCHES IM
BEREICH DER FAMILIENLEISTUNGEN UND DER BEDINGUNGEN FÜR
DIE ZUSTÄNDIGKEITSÜBERTRAGUNG ZWISCHEN DEN
KINDERGELDKASSEN**

PRÄAMBEL

In Erwägung der Absicht der unterzeichneten Gebietskörperschaften, die Verwaltung und die Zahlung der Familienleistungen zu übernehmen, wobei die Möglichkeit von asynchronen Übernahmen erhalten bleibt;

In Erwägung der Notwendigkeit, die Handlungen dieser Gebietskörperschaften, insbesondere nach dem Übergangszeitraum, zu koordinieren;

In der Erwägung, dass eine solche Koordinierung unerlässlich ist und eine tatsächliche Zusammenarbeit und Loyalität von den Parteien, die dieses Zusammenarbeitsabkommen unterzeichnen, erfordert;

sieht dieses Zusammenarbeitsabkommen die Angliederungsfaktoren zur Festlegung der zuständigen Gebietskörperschaft bezüglich der Familienleistungen im belgischen und internationalen Kontext vor;

wird in diesem Zusammenarbeitsabkommen außerdem festgelegt, wie die Zahlungsregularisierungen und die Rückforderungen übernommen oder durchgeführt werden;

sieht dieses Zusammenarbeitsabkommen ebenfalls vor, wie der Datenaustausch zwischen den Gebietskörperschaften verlaufen wird;

werden im vorliegenden Zusammenarbeitsabkommen schließlich die Bedingungen zur Übertragung der Akten von den föderalen Kindergeldkassen ab dem 1. Januar 2018 bestimmt.

Aufgrund Artikel 23 der Verfassung;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 92bis und Artikel 94 §1bis, eingefügt durch Artikel 44 des Sondergesetzes vom 6. Januar 2014;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 60sexies, eingefügt durch Artikel 37 des Gesetzes vom 19. April 2014 zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Gesetzes vom 4. April 2014 zur Abänderung der koordinierten Gesetze vom 19. Dezember 1939 über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger (Allgemeines Familienbeihilfengesetz), so wie es am 31. Dezember 2018 in Kraft war;

Aufgrund des Sonderdekrets der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird und des Dekrets der Wallonischen Region vom 11. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird;

Aufgrund des am XXX im Konzertierungsausschuss erzielten Abkommens;

haben die Flämische Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Familie;

die Wallonische Region, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Öffentliche Arbeiten, Gesundheit und Kulturerbe;

die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Familie, Gesundheit und Soziales;

die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, vertreten durch den Vorsitzenden des Vereinigten Kollegiums und die Mitglieder des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienpolitik und Filmzensur;

Folgendes vereinbart:

Bestimmungen

Kapitel 1: Allgemeines

Artikel 1. Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung dieses Zusammenarbeitsabkommens und nur in diesem Rahmen versteht man unter:

1. **Gebietskörperschaften:** die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, mit territorialer Zuständigkeit für die zweisprachige Region Brüssel-Hauptstadt; die Flämische Gemeinschaft, mit territorialer Zuständigkeit für das niederländische Sprachgebiet; die Wallonische Region, mit territorialer Zuständigkeit für das französische Sprachgebiet, sowie die Deutschsprachige Gemeinschaft, mit territorialer Zuständigkeit für das deutsche Sprachgebiet;
2. **Angliederungsfaktor:** Situation, aufgrund der eine Familienleistungsakte einer Gebietskörperschaft zugewiesen werden kann und die die ausschließliche Zuständigkeit dieser Gebietskörperschaft bestimmt;
3. **Bevölkerungsregister:** die in Art. 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerkarten und die Aufenthaltsdokumente und zur Abänderung des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen erwähnten Register;
4. **gesetzlicher Wohnsitz:** der Ort, an dem eine Person ihren Hauptwohnsitz in die Bevölkerungsregister gemäß Artikel 32 Nummer 3 des Gerichtsgesetzbuches eingetragen hat;
5. **Aufenthaltort:** in Ermangelung eines gesetzlichen Wohnsitzes, der tatsächliche Ort, an dem die Person gewöhnlich wohnt;
6. **Niederlassungseinheit:** der Standort, der geografisch anhand einer Adresse identifiziert werden kann und wo oder von wo aus mindestens eine Tätigkeit des Unternehmens ausgeübt wird, so wie in Artikel 2 Nummer 6 des Gesetzes vom 16. Januar 2003 zur Schaffung einer Zentralen Datenbank der Unternehmen, zur Modernisierung des Handelsregisters, zur Schaffung von zugelassenen Unternehmensschaltern und zur Festlegung verschiedener Bestimmungen definiert;
7. **Sozialversichertem:** eine Person, die in Bezug auf die Familienleistungen unter den persönlichen Anwendungsbereich einer europäischen Verordnung oder eines bilateralen Abkommens bezüglich der sozialen Sicherheit, fällt;
8. **Familienleistungen:** die in Artikel 5 §1 römisch IV des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen erwähnten Leistungen;
9. **bilateralem Abkommen:** Abkommen über die soziale Sicherheit zwischen Belgien und einem anderen Staat;
10. **Geburtsprämie:** Leistung, die anlässlich der Geburt eines Kindes unter den von den Gebietskörperschaften festgelegten Bedingungen gezahlt wird;
11. **Übernahme:** die Übernahme der Verwaltung und Auszahlung durch die Gebietskörperschaften, an dem Datum, das durch die gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 § 1bis Absatz 4 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen ausgestellte Notifizierung der jeweiligen Gebietskörperschaft festgelegt wird;
12. **Kataster:** Referenzregister, so wie es am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Übernahme bestand, in der die Daten aller Akteure aller Akten aller Kindergeldkassen aufgeführt sind;
13. **Trivia-Anwendung:** elektronische Anwendung, so wie sie am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Übernahme bestand, die einerseits die Webseite zum

Abruf elektronischer Daten bei Informationsanbietern enthält und andererseits die Übertragung aller verfügbaren Verteil-, Nachschlage- und Katastermeldungen an die Zahlungsanwendung der Kassen ermöglicht;

14. Zahlungsanwendung der Kassen: elektronische Anwendung für die tägliche Aktenverwaltung innerhalb einer Kindergeldkasse, so wie sie am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Übernahme bestand, die die elektronischen Daten bearbeitet und die die Auszahlung des Kindergeldes gewährleistet;

15. Kindergeldregelung: alle am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Übernahme anwendbaren Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen ;

16. AFBG: Allgemeines Familienbeihilfengesetz vom 19. Dezember 1939.

Kapitel 2: Angliederungsfaktoren

Artikel 2. Angliederungsfaktoren zur Zuständigkeitsbestimmung der Gebietskörperschaft im Bereich der Familienleistungen

Die Angliederungsfaktoren bestimmen in folgender Reihenfolge die ausschließlich zuständige Gebietskörperschaft:

1. der gesetzliche Wohnsitz des Kindes in der Gebietskörperschaft;
2. der Aufenthaltsort des Kindes in der Gebietskörperschaft;
3. die Ortsangabe der Niederlassungseinheit oder, falls diese Angabe nicht verfügbar ist, des Betriebsstandorts des gegenwärtigen Arbeitgebers bzw. des vorherigen Arbeitgebers des Sozialversicherten in Belgien;
4. der heutige oder letzte gesetzliche Wohnsitz des Sozialversicherten in der Gebietskörperschaft;
5. die Ortsangabe der Sozialversicherungskasse, an die der Sozialversicherte als Selbständiger angeschlossen ist;
6. die Ortsangabe des Büros der letzten bekannten Kindergeldkasse, die die Familienleistungen gewährte. Bis zum 31. März 2024 kann zu diesem Zweck das heutige Kataster konsultiert werden.

Wenn für die Anwendung von Absatz 1 Nummern 3 bis 5 festgestellt wird, dass für mehrere Sozialversicherte derselbe Angliederungsfaktor angewendet wird, wird die ausschließliche Zuständigkeit einer Gebietskörperschaft durch den Ältesten von ihnen bestimmt.

Die Zuständigkeit einer Gebietskörperschaft für die Vorauszahlung der Geburtsprämie wird in folgender Reihenfolge durch folgende Angliederungsfaktoren bestimmt:

1. der gesetzliche Wohnsitz der Mutter in der Gebietskörperschaft;
2. der Aufenthaltsort der Mutter in der Gebietskörperschaft.

Die Gebietskörperschaft, die einen Antrag auf Vorauszahlung der Geburtsprämie erhält, überprüft, ob letztere nicht bereits durch eine andere Gebietskörperschaft gezahlt wurde.

Artikel 3. Europäische Verordnungen

Bei der Anwendung der europäischen Verordnungen wird der persönliche Anwendungsbereich für den Sozialversicherten, der das Anrecht im Rahmen der Familienleistungen eröffnet, beschränkt auf den Elternteil oder die Person, die kein (Bluts)verwandter bis zum dritten Grad dieses Elternteils ist und mit dem der Elternteil tatsächlich oder gesetzlich zusammenwohnt, und den Ehegatten / die Ehegattin des Elternteils in Bezug auf ihre eigenen oder gemeinsamen Kinder.

Bei der Anwendung der Verordnung 883/2004 sind die berücksichtigten berufsständischen Situationen zur Eröffnung eines Anrechts auf Kindergeld in der beigefügten Tabelle aufgeführt. Die Regierungen der zuständigen Gebietskörperschaften können die Tabelle anhand eines Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam ändern.

Artikel 4. Übergangsbestimmung

In Abweichung von Artikel 2 Absatz 2 und von Artikel 3 behalten die Kindergeldberechtigten, die am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Übernahme das Recht auf Kindergeld eröffneten, dieses Anrecht bei, insoweit sie die gemäß einer Kindergeldregelung erworbene Eigenschaft als Kindergeldberechtigter beibehalten bis:

1. ihre familiäre Lage ändert;
2. ihre berufsständische Situation in dem Sinne ändert, dass sie künftig gemäß der Anlage dieses Zusammenarbeitsabkommens zu einer anderen Kategorie gehören.

Die oben genannten Änderungen werden am ersten Tag des Monats nach dem Monat wirksam, in dem das Ereignis stattgefunden hat.

Kapitel 3: Verwaltung der Altlasten - Übertragung der Rechte und Pflichten der föderalen Kassen an eine regionale Kasse

Artikel 5. Verwaltung der Altlasten

§ 1. Für die Anwendung dieses Artikels versteht man unter:

- **Regularisierung** : zu entrichtende Zahlungen (fällige Leistungen) und Rückforderungen (nicht fällige Leistungen), die am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der Übernahme von der bis zu diesem Datum zuständigen föderalen Kindergeldkasse nicht getätigt wurden;

- **Zeitpunkt des Ereignisses:** je nach Fall entweder der Zeitpunkt des Antrages auf eine Regularisierung des Rechteinhabers oder der Zeitpunkt, zu dem eine Entscheidung von Amts wegen getroffen werden muss, oder der Zeitpunkt, zu dem die Gerichtsentscheidung über den Ausgleich vollstreckbar ist.

§ 2. a) Jede föderale Kindergeldkasse überträgt in jeder Gebietskörperschaft einem Rechtsnachfolger ihre Rechte und Pflichten.

Die am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der Übernahme bestehenden Rechte und Pflichten von FAMIFED werden am 1. Januar des Jahres dieser Übernahme von Amts wegen der von dieser Gebietskörperschaft gegründeten öffentlichen Kasse übertragen.

Was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, werden die am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der Übernahme durch diese Gebietskörperschaft bestehenden Rechte und Pflichten der föderalen freien Kindergeldkassen am 1. Januar des Jahres dieser Übernahme von Amts wegen der öffentlichen Kasse der Deutschsprachigen Gemeinschaft übertragen.

Was die Flämische Gemeinschaft, die Wallonische Region und Gemeinsame Gemeinschaftskommission betreffen, werden die am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der Übernahme bestehenden Rechte und Pflichten der föderalen freien Kassen ihren regionalen Rechtsnachfolgern übertragen, aufgrund von Abkommen, die vor dem 1. Juli 2018 geschlossen werden, deren obligatorischen Angaben vom Verwaltungsausschuss von FAMIFED bestimmt werden. Dieses Abkommen bestimmt, wie die regionalen Rechtsnachfolger die Regularisierungen, die die föderale Kasse zu Lasten hatte, bearbeiten, insbesondere über einen Zugang zu einer EDV-Anwendung, welche diese Regularisierungen gewährleisten kann.

Nach einer Überprüfung der von ihm bestimmten Pflichtangaben im Abkommen genehmigt der Verwaltungsausschuss von FAMIFED das in Absatz 4 genannte Abkommen. Die Rechte und Pflichten der übertragenden föderalen freien Kassen werden bei Notifizierung der Genehmigung von FAMIFED ihren regionalen Rechtsnachfolgern übertragen und mit dem 1. Januar des Jahres der Übernahme wirksam.

Die Akten im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden genauso wie die der Wallonischen Region behandelt. Die Bearbeitung der Regularisierung im Interesse der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden gegen eine Vergütung und nach den in einem Zusammenarbeitsprotokoll zwischen den Regierungen der betreffenden Gebietskörperschaften festgelegten Regeln durchgeführt .

b) Jeder regionale Rechtsnachfolger, der zum Zeitpunkt des Ereignisses für Rechnung der gemäß Artikel 2 zuständigen Gebietskörperschaft handelt, trägt die Verantwortung für die gewöhnlichen Regularisierungen auf Verwaltungs-, finanzieller und gerichtlicher Ebene bezüglich der Zeiträume, die in den Zuständigkeitsbereich der föderalen Kasse fielen, die ihm seine am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der Übernahme bestehenden Rechte und Pflichten übertragen hat.

c) Wenn ein Rechtsnachfolger der föderalen Kasse Informationen erhält über einen Zeitraum, für den die föderale Kasse, die ihm ihre Rechte und Pflichten übertragen hat, nicht zuständig war, informiert der Erstgenannte unmittelbar den Rechtsnachfolger der für den Zeitraum zuständigen föderalen Kasse, welcher für Rechnung der gemäß Artikel 2 zuständigen Gebietskörperschaft handelt.

§ 3. Die Anwendung dieses Artikels wird in einem Zusammenarbeitsprotokoll zwischen den Gebietskörperschaften bestimmt, welches spätestens am Tag der Veröffentlichung dieses Zusammenarbeitsabkommens im Belgischen Staatsblatt geschlossen wird.

Artikel 6. Inkrafttreten der Zuständigkeitsänderung zwischen Gebietskörperschaften

Falls die Zuständigkeit der Familienleistungen in einem Kalendermonat ändert, ist die Gebietskörperschaft, die die Familienleistungen am ersten Tag dieses Monats gezahlt hat, bis zum Ende des laufenden Monats zuständig, unabhängig vom Zeitpunkt, an dem die Familienleistungen aufgrund der geltenden Gesetzgebung gezahlt werden müssen.

Sie teilt der anderen betroffenen Gebietskörperschaft den Zeitpunkt mit, ab dem sie die Familienleistungen nicht länger zahlt. Die Gebietskörperschaft, die die Zahlung der Familienleistungen übernehmen wird, gewährleistet ab diesem Datum die Zahlungen.

Eine zuständige Gebietskörperschaft, die gemäß diesem Artikel eine Zuständigkeitsänderung feststellt, übergibt der folgenden zuständigen Gebietskörperschaft gemäß Art. 7 die erforderlichen Daten.

Kapitel 4: Datenaustausch und - Speicherung

Artikel 7. Datenaustausch

Falls eine Gebietskörperschaft feststellt, dass eine andere Gebietskörperschaft für die Zahlung der Familienleistungen zuständig ist, übergibt sie der Gebietskörperschaft unmittelbar alle erforderlichen Informationen zur Ausübung ihrer Zuständigkeit.

Der Datenaustausch erfolgt elektronisch.

Die erforderlichen Modalitäten werden hierzu in einem zwischen den für die Familienleistungen zuständigen Regierungen der Gebietskörperschaften abgeschlossenen Zusammenarbeitsprotokoll festgelegt.

Artikel 8. Kataster und Zahlungssapplikationen

§ 1 - Das Kataster und die Trivia-Anwendung müssen weiter funktionsfähig bleiben, damit die regionalen Rechtsnachfolger die Zahlungen der Familienleistungen im Rahmen der am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Übernahme bestehenden Kindergeldregelungen und die Zahlungen der Familienleistungen in Anwendung der europäischen Verordnungen und bilateralen Abkommen weiter gewährleisten können, und dies während 5 Jahre und 3 Monate nach dem Datum der ersten Übernahme.

Alle Unterhaltskosten des Katasters und der Trivia-Anwendung werden durch die Gebietskörperschaften gemäß dem Verteilerschlüssel, basierend auf der prozentualen Verteilung der Anzahl Kinder 0-18 Jahre pro Gebietskörperschaft gemäß Artikel 47/5 §5 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen, getragen.

Diese Unterhaltskosten umfassen auch die Kosten, die in der Trivia-Anwendung entstehen, wenn ein Informationsanbieter eine Änderung in einem elektronischen Verteil- oder Nachschlagedatenfluss, der zur Trivia-Anwendung gehört, vornimmt.

Eventuelle Änderungen an dem Kataster und der Trivia-Applikation auf Anfrage einer oder mehrerer Gebietskörperschaften hinsichtlich der im ersten Absatz dieses Paragraphen vermerkten Zahlungen müssen von den Regierungen der für die Familienleistungen zuständigen Gebietskörperschaften in einem Zusammenarbeitsprotokoll festgelegt werden.

§2. Das Kataster und die Trivia-Anwendung können auf Anfrage einer oder mehrerer Gebietskörperschaften abgeändert werden, um die Ausführung ihrer regionalen Dekrete zu ermöglichen.

Diese Anpassungen dürfen jedoch die in §1 Absatz 1 vermerkten Bestimmungen nicht beeinträchtigen.

Diese Anpassungen müssen von der Regierung der für die Familienleistungen zuständigen Gebietskörperschaft, die die Änderung durchführen will, den Regierungen der anderen Gebietskörperschaften mitgeteilt werden. Diese Regierungen geben Innerhalb von zwei Monaten an, ob sie ebenfalls die Änderungen in Anspruch nehmen wollen und somit auch den jeweiligen Teil der Kosten im Zusammenhang mit diesen Änderungen übernehmen. Regierungen, die nicht Innerhalb der zwei Monate antworten, wollen die beabsichtigten Änderungen nicht in Anspruch nehmen.

Die Regierungen der Gebietskörperschaften, die die Änderungen in Anspruch nehmen wollen, legen diese Vereinbarungen in einem Zusammenarbeitsprotokoll fest.

§3. Die Zahlungsanwendungen der Kassen müssen weiter funktionsfähig bleiben, damit die regionalen Rechtsnachfolger die Zahlungen der Familienleistungen im Rahmen der am 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der ersten Übernahme bestehenden

Kindergeldregelungen und die Zahlungen der Familienleistungen in Anwendung der europäischen Verordnungen und bilateralen Abkommen weiter gewährleisten können, und dies während 5 Jahre und 3 Monate nach dem Datum der ersten Übernahme.

Die Zahlungsanwendungen der Kassen können von den regionalen Rechtsnachfolgern aufgrund von Änderungen in der Trivia-Anwendung angepasst werden, wenn ein Informationsanbieter eine Änderung vornimmt in einem elektronischen Verteil- oder Nachschlagedatenfluss, die zur Trivia-Applikation gehört.

Außerdem können regionale Rechtsnachfolger die Zahlungsanwendungen der Kassen aus eigener Initiative ohne vorherige Zustimmung der Gebietskörperschaften anpassen, insoweit diese Anpassungen die im ersten Absatz des dritten Paragraphen Bestimmungen nicht beeinträchtigen.

§4. Die Gebietskörperschaften benachrichtigen sich gegenseitig, ob sie das Kataster und die Trivia-Anwendung nach Ablauf der in § 1 bestimmten Frist noch verwenden wollen. Die Gebietskörperschaften, die das Kataster und die Trivia-Anwendung noch weiter verwenden wollen, schließen zu diesem Zweck spätestens ein Jahr vor dieser Frist ein Zusammenarbeitsabkommen ab.

Kapitel 5: Gegenseitige Amtshilfe

Artikel 9. Rückforderung

Falls eine Einrichtung, die zuständig für die Zahlung von Familienleistungen in einer Gebietskörperschaft ist, feststellt, dass sie von einer Person einen Betrag zurückfordern muss, kann sie jeder Zahlungseinrichtung einer anderen Gebietskörperschaft bitten, die erforderlichen Einbehaltungen gemäß Artikel 1410 §4 des Gerichtsgesetzbuches vorzunehmen.

Wenn gemäß Artikel 1410 §4 des Gerichtsgesetzbuches Einbehaltungen zur Rückzahlung von Schuldforderungen beantragt werden, wird die erstnotifizierte Forderung als erste von der Kasse, die für die Auszahlung zuständig ist, einbehalten.

Kapitel 6: Bestimmungen bezüglich des Zahlungsverkehrs

Artikel 10. Zuständigkeit der Kindergeldkassen

§1. In Abweichung von den Artikeln 18, 35, 38, 64, 66 und 71 des AFBG und den Bestimmungen des königlichen Erlasses vom 25. April 1997 zur Ausführung des Artikels 71 § 1bis des AFBG sind alle Ereignisse, die eine Zuständigkeitsänderung der Kindergeldkassen zum 1. Januar 2018 herbeiführen, nicht wirksam. Die am 31. Dezember 2017 gesetzlich zuständigen Kassen bleiben nach dem 1. Januar 2018 weiterhin zuständig.

§ 2. Vor dem 1. Juli 2018 teilen die aufgrund des AFBG anerkannten freien Kindergeldkassen ihre Akten in einzelne Unterordner pro Gebietskörperschaft entsprechend den Angliederungsfaktoren im Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2016 auf. Diese Unterordner enthalten alle Akten mit Kindergeldberechtigten, deren Integration am 30. Juni 2018 im Kataster offen ist (Artikel 51 §§ 1 und 2 des AFBG), sowie die Akten mit Kindergeldberechtigten, deren Integration vor dem 30. Juni 2018 im Kataster geschlossen wurde (Artikel 51 §§ 1 und 2 des AFBG), für die aber noch ein administratives oder gerichtliches Verfahren anhängig ist.

Vor dem 1. Juli 2018 bestimmen alle aufgrund des AFBG anerkannten freien Kindergeldkassen für welche gemäß Absatz 1 aufgestellten Unterordner und über welchen regionalen Nachfolger sie ihren Auftrag der Kindergeldzahlung ab dem 1. Januar des Jahres der Übernahme von einer bestimmten Gebietskörperschaft fortsetzen werden.

§ 3. Ab dem 1. Juli 2018 stellen alle aufgrund des AFBG anerkannten freien Kindergeldkassen jegliche der Zuständigkeitsübertragung dienliche Kindergeldangaben den anderen Kassen und den sich erkundigenden Gebietskörperschaften zur Verfügung.

§ 4. Ab dem 1. Juli 2018, nachdem der Verwaltungsausschuss von FAMIFED das in §5 erwähnte Abkommen genehmigt hat, können die aufgrund des AFBG anerkannten freien Kindergeldkassen die gemäß § 2 Absatz 1 aufgestellten Unterordner an die anderen Kassen übertragen. Unter Beachtung von § 2 Absatz 2 müssen die Akten bezüglich einer bestimmten Gebietskörperschaft spätestens bis zum 31. Dezember des Jahres vor dem Jahr der Übernahme von dieser Gebietskörperschaft tatsächlich übertragen sein.

Die übertragende Kasse ist verpflichtet, die gemäß Artikel 2 Absatz 1 aufgestellten Unterordner von mit einer Gebietskörperschaft verbundenen Akten in ihrer Gesamtheit zu übertragen.

Die mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft verbundenen Unterordner sind einer Kasse zu übertragen, die gemäß § 2 Absatz 2 ihre Akten einem regionalen Nachfolger überträgt, welcher erklärt, dass er ab dem 1. Januar des Jahres der Übernahme von der Wallonischen Region einen mit dieser Region verbundenen Unterordner verwalten wird. Wenn die übertragende Kasse ebenfalls über einen Unterordner von mit der Wallonischen Region verbundenen Akten verfügt, überträgt sie die beiden Unterordner an denselben Nachfolger.

Wenn die Kassen in einer von ihr zu verwaltenden Akte eine Zuständigkeitsänderung in Bezug auf die Angliederungsfaktoren des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2016 feststellen, verbinden sie diese Akte baldmöglichst mit dem richtigen Unterordner und übertragen sie diese gegebenenfalls nach den Regeln des in § 5 erwähnten Übertragungsabkommens an die zuständige übernehmende Kasse.

Die Kassen verbinden baldmöglichst die nach dem Anschluss eines neuen Arbeitgebers, nach dem Wiederanschluss eines Arbeitsgebers oder nach der Eröffnung eines neuen Anrechts

geöffneten Akten mit dem richtigen, gemäß § 2 aufgestellten Unterordner und übertragen diesen gegebenenfalls nach den Regeln des in § 5 erwähnten Übertragungsabkommens an die zuständigen übernehmenden Kassen.

Die in § 2 Absatz 1 erwähnten Unterordner der Akten, für welche die Kassen den Auftrag der Kindergeldzahlung ab dem 1. Januar des Jahres der ersten Übernahme gemäß § 2 Absatz 2 nicht fortsetzen möchten und die am 1. Juli 2018 keinem Übertragungsabkommen zwischen Kassen gemäß § 5 unterliegen, werden spätestens am 30. September 2018 von Amts wegen an FAMIFED übertragen. Dies gilt ebenfalls für die Unterordner der Kassen, die 2018 ihre Tätigkeiten einstellen und vor dem 1. Juli 2018 keinem Übertragungsabkommen zwischen Kassen gemäß § 5 unterliegen. Wenn diese Kassen ihre Tätigkeiten nach dem 30. September 2018 einstellen, übertragen sie ihre Akten unmittelbar und spätestens am 30. November 2018 an FAMIFED. Bei Übertragung von Amts wegen bestimmt FAMIFED die Bedingungen. Die Agentur übernimmt die Rechte und Pflichten dieser Kassen gegenüber den betreffenden Sozialversicherten.

§ 5. Die in § 4 erwähnten Akten werden mit einem vor dem 1. Juli 2018 abgeschlossenen Abkommen übertragen. Der Verwaltungsausschuss von FAMIFED bestimmt die obligatorischen Angaben dieses Abkommens. In diesem Abkommen kann die Höhe der Vergütung bei der Übertragung der Unterordner festgelegt werden. Die Vergütung wird der Verwaltungsrücklage der übertragenden Kasse hinzugefügt.

Nach Überprüfung der Pflichtangaben genehmigt der Verwaltungsausschuss von FAMIFED das Abkommen. Der Verwaltungsausschuss überprüft ausschließlich, ob den Bedingungen bezüglich der Pflichtangaben entsprochen wurde.

§ 6. Mit der gemäß § 5 Absatz 2 erteilten Genehmigung von FAMIFED wird das Abkommen wirksam und dies in Bezug auf die Akten einer bestimmten Gebietskörperschaft spätestens am 31. Dezember des Jahres vor der Übernahme von dieser Gebietskörperschaft. Die übernehmenden Kassen übernehmen die Rechte und Pflichten der übertragenden Kassen. Gemäß § 4 Absatz 4 überprüfen sie ihre Zuständigkeitserhaltung gemäß den in § 2 erwähnten Angliederungsfaktoren.

Wenn eine übernehmende Kasse ihre Zuständigkeit nach den in §2 erwähnten Angliederungsfaktoren verliert, überträgt sie den Unterordner und somit die im Verhältnis zu den betreffenden Sozialversicherten erworbenen Rechte und Pflichten an die nach den in §2 erwähnten Angliederungsfaktoren und aufgrund des von FAMIFED genehmigten Abkommens zuständige Kasse.

Artikel 11. Entzug der Anerkennung von freien föderalen Kindergeldkassen

Jede Regierung entzieht für die eigene Gebietskörperschaft die Anerkennungen der aufgrund des AFBG anerkannten freien Kindergeldkassen.

Jede Regierung erteilt für die eigene Gebietskörperschaft die Anerkennungen oder Zulassungen der Zahleinrichtungen aufgrund seiner eigenen Gesetzgebung.

Der Entzug der Anerkennungen gemäß Absatz 1 und das Erteilen von Anerkennungen oder Zulassungen gemäß Absatz 2 erfolgen vor der Übernahme der Kindergeldverwaltung und -Auszahlung durch die betreffende Gebietskörperschaft, treten jedoch erst am Tag der Zuständigkeitsübertragung in Kraft.

Die zuständige Regierung bestimmt die näheren Modalitäten bezüglich der eventuellen Übertragung (von einem Teil) der Mitarbeiter der aufgrund des AFBG anerkannten freien Kindergeldkassen, falls diese Mitarbeiter bei der Übernahme von der für das Kindergeld zuständigen Behörde übernommen werden.

Kapitel 7: Vermittlungsverfahren

Artikel 12. Vermittlungsverfahren

Falls Gebietskörperschaften sich nicht über die Anwendung der Artikel 2 und 5 einigen, leiten sie zu diesem Zweck ein Vermittlungsverfahren ein.

Die konkreten Modalitäten über die Vermittlung werden in einem Zusammenarbeitsprotokoll zwischen den Regierungen der für Familienleistungen zuständigen Gebietskörperschaften festgelegt.

Falls eine Gebietskörperschaft über die Anwendung oder Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften beraten will, kann sie die anderen Gebietskörperschaften dazu einladen.

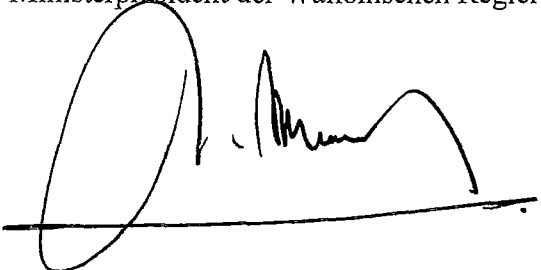
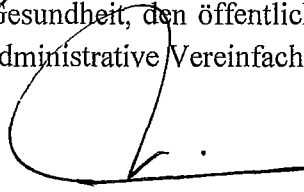
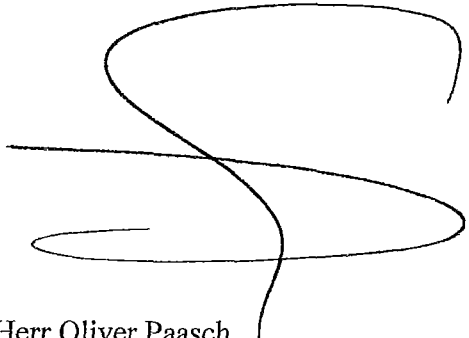
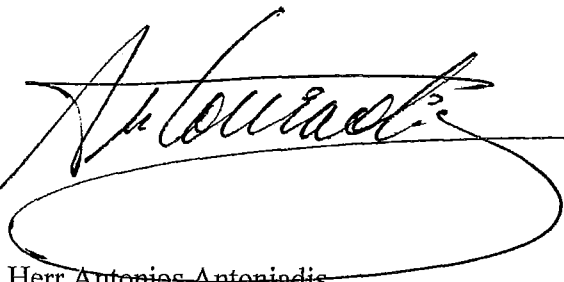
Kapitel 8: Inkrafttreten

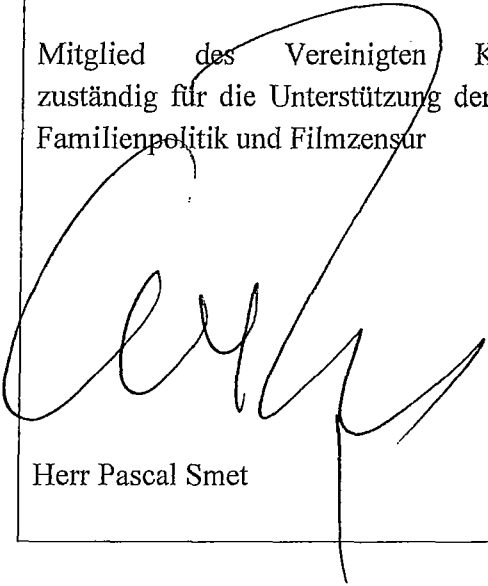
Artikel 13. Inkrafttreten

Das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen tritt bei der ersten Übernahme in Kraft, mit Ausnahme der:

- in den Artikeln 5, 7, 8 und 12 genannten Abkommen und Protokolle, die ab dem 1. Juli 2017 und spätestens am Tag der Veröffentlichung dieses Zusammenarbeitsabkommens im Belgischen Staatsblatt abzuschließen sind;
- die ab dem 1. Januar 2018 geltenden Bestimmungen des Artikels 10.

Unterzeichnet in Brüssel, am *6 September 2017*, in einer Originalausfertigung in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, die beim Zentralen Sekretariat des Konzertierungsausschusses hinterlegt wird.

Ministerpräsident der Flämischen Regierung  Herr Geert Bourgeois	Flämischer Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Familie  Herr Jo Vandeurzen
Ministerpräsident der Wallonischen Regierung  Herr Willy Borsus	Minister für soziale Maßnahmen, Gesundheit, den öffentlichen Dienst und die administrative Vereinfachung  Frau Alda Greoli
Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft  Herr Oliver Paasch	Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Familie, Gesundheit und Soziales  Herr Antonios Antoniadis
Vorsitzender des Vereinigten Kollegiums der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission	Mitglied des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienpolitik und Filmzensur

 Herr Rudi Vervoort	 Frau Céline Fremault
Mitglied des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienpolitik und Filmzensur  Herr Pascal Smet	

Anlage

RECHTSKATEGORIEN:	Aufgrund der Arbeit eröffnetes Anrecht	Aufgrund einer Pension eröffnetes Anrecht	Aufgrund des Wohnorts eröffnetes Anrecht	Waisenkindergeld
BERUFSTÄNDISCHE SITUATION:	- Aufgrund der Tätigkeit als Lohnempfänger eröffnete Anrechte (Art. 51, §1, AFBG) oder damit gleichgestellten Tätigkeiten (Art. 53 AFBG) - Aufgrund einer Gewährungssituation eröffnete Anrechte, wie vorgesehen in den Artikeln 56, §1, 56octies, 56novies, 1°, und 56undecies AFBG vorgesehen	Aufgrund einer Gewährungssituation eröffnete Anrechte, wie vorgesehen in den Artikeln 56, §§ 2 und 3 (außer Art. 56, §2, 3°), 56quater und 57 AFBG.	Andere Versicherbarkeitszustände als Arbeit, Pension oder Waisenstatus	Jeder aufgrund des Waisenstatus des berechtigten Kindes gezahlte Zuschlag